



Hauptstadt-Bulletin

Sonderausgabe zur „Causa Maaßen“

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Tagen habe ich viele erregte Zuschriften zur Debatte um Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen erhalten. Der nun gefundene Kompromiss wird weiter kontrovers diskutiert. Das verstehe ich. Deshalb möchte ich Ihnen meine Position hier gerne erläutern.

Das Bild-Interview von Herrn Maaßen war reichlich missglückt. Auch ich habe seine Aussage zunächst falsch verstanden, das Video einer Verfolgungssituation in Chemnitz sei nicht authentisch. Es lag nahe zu denken, dass das Video gefälscht war. Seine Wortwahl war missverständlich, hat aber den Sachverhalt richtig beschrieben.

Herr Maaßen wollte darauf hinweisen, dass das Video nicht belegt, dass in Chemnitz ein brauner Mob pogromartig Ausländer gejagt hätte. Diese Behauptungen beruhten zu dem Zeitpunkt vor knapp zwei Wochen nicht auf nachweisbaren Fakten, sondern auf einer Behauptung der Antifa Gruppe Zeckenbiss, die auch die Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ über das Video selbst formuliert hat. Wo das Video herkommt, wer die 19 Sekunden-Sequenz so zusammengeschnitten hat und wer hinter Antifa Zeckenbiss steht, ist weiterhin unklar. Herr Maaßen wollte daher zu einer Versachlichung der Debatte beitragen, was komplett gescheitert ist. Seine Motivation hat er in zwei Bundestags-Sitzungen umfänglich und für mich nachvollziehbar dargestellt.

Nachdem er allerdings selbst und auch das gesamte Bundesamt für Verfassungsschutz seit Monaten unter Dauerbeschuss von Grünen und Linken stehen, muss man von einem Behördenleiter verlangen können, dass er gerade in dieser Situation jedes Wort auf die Goldwaage legt. Hier wäre eine offizielle Missbilligung durch den Minister durchaus angezeigt gewesen. Im Übrigen hätte hier auch die Führungsaufsicht des Ministeriums spürbar werden müssen.

Das alles rechtfertigt aber in keiner Weise, was seit zwei Wochen im politischen Berlin los ist. Es ist mehr als geschmacklos, in welcher Weise Grüne und Linke seit Monaten versucht haben, Herrn Maaßen mit haltlosen Vorwürfen in die rechte Ecke zu stellen. Noch schlimmer, wie kritiklos die SPD sich dieser Kampagne für Machtspiele bedient hat. Dieses grün-links-linke Bündnis hat einzig dazu geführt, dass eine Lösung erzwungen wurde, bei der sich die SPD-Vorsitzende Nahles am Ende komplett vergaloppiert und mit Gunther Adler einen SPD-Staatssekretär im Bundesinnenministerium verloren hat.

Ich kenne Herrn Maaßen seit sechs Jahren. Er hat das BfV nach dem NSU-Debakel übernommen und die Anti-Rechtsextremismusabteilung offensiv neu aufgebaut. In den Landesverfassungsschutzämtern genießt er einen hervorragenden Ruf. Maaßen ist bei unzähligen Ministern in vielerlei Funktionen zum Sicherheitsexperten geworden. Deshalb befürworte ich voll und ganz, dass er weiter im Bereich der öffentlichen Sicherheit tätig ist. Es wäre fahrlässig so viel Expertise gehen zu lassen.

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Als Staatssekretär war er deshalb schon deutlich länger gehandelt worden, ob ihm damit allerdings jetzt wirklich gedient ist, darf auch bezweifelt werden. Wer möchte denn glauben, dass die Debatte unter diesen Voraussetzungen vorüber, die SPD befriedet und Herr Maaßen in der Lage ist in Ruhe seiner Arbeit nachzugehen?

Die Entscheidung, Bau-Staatssekretär Adler von der SPD zu entlassen, geht mir persönlich zu weit, deshalb halte ich die Entscheidung von Angela Merkel für richtig, ihm eine neue, angemessene Verwendung zu geben.

Dass wir es hier mit einem schwer nachvollziehbaren Vorgang zu tun haben liegt schlussendlich daran, dass Andrea Nahles uns ultimativ mitgeteilt hatte, dass die SPD die Regierung verlässt, wenn Maaßen BfV-Chef bleibt. Nachdem die SPD einen Tausch Maaßens mit einer anderen Behörde auch ablehnte, musste die CDU/CSU Antworten dafür finden, wie die Regierung bestehen bleibt und Maaßen nicht ungerechtfertigt Opfer einer linken Kampagne wird. Die SPD-Parteispitze hat anders als deren Innenpolitiker Maaßen politisch instrumentalisiert und von uns eine Opfergabe gefordert. Politisch ebenso dramatisch wie unklug, vor allem die Erwartung, dass wir darauf keine Antwort hätten.

Ihr

